GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

Hessen braucht eine Entwicklungspolitik

Dokumentation des Fachgesprächs im Hessischen Landtag vom 12.11.2009

www.gruene-fraktion-hessen.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

Inhaltsverzeichnis:

Kordula Schulz Asche, MdL Hessen — Seite 1 – 3
Grüne Entwicklungspolitik in Hessen – Herausforderung in Zeiten der Globalisierung

Andrea Asch, MdL Nordrhein-Westfalen — Seite 4 – 6
Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen

Gisela Splett, MdL Baden-Württemberg — Seite 7 – 8
Baden-Württemberg und seine entwicklungspolitischen „Partnerschaften“

Alexander Kreher, — Seite 9 –13
Leiter der Stababteilung für europäische und internationale Angelegenheiten/Städtepartnerschaften der Stadt Stuttgart

Dr. Rüdeger Schlaga, — Seite 14 - 17
Referent der Landeszentrale für politische Bildung, Rheinland-Pfalz
Integration und Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Stuttgarts

Dr. Martina Blank,
Koordinatorin des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Hessen — Seite 18 - 19
Vernetzung fördern – Akteure stärken – Gesellschaft sensibilisieren

Kordula Schulz-Asche, MdL Hessen

Grüne Entwicklungspolitik in Hessen – Herausforderung in Zeiten der Globalisierung

Kordula Schulz-Asche
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales, Frauen, Gesundheit und Alter

Im Oktober 2008 erklärten die Ministerpräsidenten[1] die Mitverantwortung der Bundesländer für eine nachhaltige globale Entwicklung, verbunden mit verstärkten Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Paris-Deklaration von 2005. *„Es ist die vorrangige Aufgabe der Länder, als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Gruppe der Entwicklungsländer gilt es weiter auszubauen."* In acht Themenfeldern sehen die Länderchefs besondere Landeskompetenzen: Klimaschutz & Energie, Ernährungssicherheit & ländlicher Raum, Migration & Entwicklung, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, nachhaltige Wirtschaft, Gute Regierungsführung & Dezentralisierung, Kultur & Entwicklung, entwicklungspolitische Informations- & Bildungsarbeit. Die Ministerpräsidenten betonen ergänzende Funktion der Länderaktivitäten zu Bund und Internationalen Strategien und fordern eine stärkere Einbindung seitens des Bundes, eine Stärkung der Strukturen in der Bildungsarbeit und die Stärkung des Standortes Bonn als Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung.

Auch Monate nach der Ernennung des neuen Bundesentwicklungsministers Niebel (FDP) ist nicht deutlich, welches politische Konzept die Politik der Bundesrepublik verfolgt. Es zeichnet sich eine Abkehr von der ODA-Quote ab, gerade auch weil der hessische stellvertretende Ministerpräsident Hahn (FDP) eine Kürzung der Entwicklungshilfe fordert.

Für uns hessische GRÜNE war Beschluss der Ministerpräsidenten 2008 ein neuer Hoffnungsfunken verstärkter Anstrengungen gerade auch seitens der Länder, denn in Hessen gibt es seit Jahren keine kohärente Entwicklungspolitik. Unsere Anträge zum Landeshaushalt werden seit Jahren kommentarlos abgelehnt.

Im Landeshaushalt sind die Mittel für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 1998 (rot-grüne Landesregierung) mit 8,54 Mio. € zu 0,32 Mio. € im Haushalt 2010 fast bei Null angekommen. Auch die Mittel für Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit im Wirtschaftsministerium, geleitet von Minister Posch (FDP) sind seit 1998 0,45 Mio. € zu 0,26 Mio. € im Haushalt 2010 fast halbiert.

Auch inhaltlich-konzeptionell bleibt die hessische Landesregierung weit hinter dem zurück, was in der Runde der Ministerpräsidenten beschlossen wurde. So heißt es: *„In seiner entwicklungspolitischen Zusammenarbeit konzentriert sich das Land … daher auf Projekte, die wirtschaftliches Handeln stärken, und auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in Entwicklungsländern die Eingliede-*

[1] Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 22. Bis 24. Oktober 2008 in Dresden. TOP 4

rung in den Weltmarkt erleichtern."[2] Auch andere erwähnte Bereiche – wie Bildungsarbeit und regionale Schwerpunkte (ohne Afrika) – werden fast ausschließlich aus dem ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Inwiefern Hessen damit einen Beitrag zu den Milleniumszielen leisten will, bleibt unklar. Im Rahmen der so genannten „Nachhaltigkeitsstrategie" ist Entwicklungspolitik ein Thema; es bleibt abzuwarten, inwieweit Deklamation und tatsächliches Handeln hier irgendwann einmal in Einklang kommen.

Bündnis 90/ Die Grünen in Hessen fordern seit Jahren eine Entwicklungspolitik des Landes, die sich den Herausforderungen der Globalisierung stellt. Denn der Globalisierungsprozess produziert sicher einerseits Gewinner, aber auch Millionen von Verlierern – nicht nur in armen oder Schwellenländern, sondern auch bei uns. Grüne Entwicklungspolitik verbindet Ökologie und Ökonomie nachhaltig, unterstützt Initiativen gegen den Klimawandel, stärkt die Ressourcen der Menschen v.a. durch Bildung und leistet durch die Reduzierung von Armut einen Betrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt.

Zur Weiterentwicklung einer Grünen Entwicklungspolitik des Landes Hessen stellte sich immer wieder die Frage, wie andere Bundesländer, aber auch große Städte vorgehen und wir von diesen Erfahrungen lernen können. Es ist klar, dass ein Bundesland nicht in allen Ländern und in allen Bereichen aktiv sein, sondern sich konzentrieren muss.

Daher haben wir in dem Fachgespräch zwei Fragen zu beantworten versucht:

1) Regionale Konzentration, sogar auf ein Land?

2) Thematische Konzentration auf welche Bereiche?

Im Folgenden dokumentieren wir die Beiträge des Fachgesprächs. Wir haben uns sehr über das Interesse an der Veranstaltung und die anschließende Diskussion gefreut.

Wir werden diese Diskussion fortsetzen. Aber einige wenige Schlussfolgerungen aus dem Fachgespräch lassen sich bereits jetzt ziehen, die sich mit folgenden Stichworten beschreiben lassen: Stärkung vorhandener Strukturen, der Vielfalt eine Plattform geben, Eine-Welt-Politik und Integration zusammendenken.

In diesem Sinne wünsche ich eine interessante Lektüre.

Kordula Schulz-Asche, Wiesbaden im Januar 2010

[2] Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen, Oktober 2009

Andrea Asch, MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein - Westfalen

Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich spreche hier zu Ihnen als Abgeordnete aus einem Bundesland, das wie kein anderes Eine-Welt-Politik frühzeitig und vergleichsweise intensiv als landespolitische Aufgabe für sich angenommen hat: Nordrhein-Westfalen.

Wir haben die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und die dort beschlossene Abschluss-Erklärung immer als Auftrag an alle politischen Ebenen verstanden.

Es war dann Johannes Rau, der noch im selben Jahr den ersten Nord-Süd-Beauftragten eines Bundeslandes ernannte. Es dauerte nicht lange und Nordrhein-Westfalen beschloss am 4. Mai 1993 als erstes Bundesland Leitlinien der Entwicklungspolitik der Landesregierung. E

Als meine Partei Bündnis 90/Die Grünen, 1990 erstmals in den Landtag einzog, ist sie als zusätzlicher Motor und Treiber für die Übernahme globaler Verantwortung wirksam gewesen. Und unser Eintritt in die Landesregierung 1995 hat der Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalens noch mal einen ordentlichen Schub verlieh.

Klar ist auch, dass der Eine-Welt-Politik im Vergleich zu den entwicklungspolitischen Leitlinien von 1993 eine neue Richtung gegen wurde.

Während zuvor vor allem die Auslandsarbeit und Partnerschaften mit verschiedenen Regionen oder Ländern wie Vietnam, China, und einer ganzen Reihe südafrikanischer Länder wie Namibia, Simbabwe oder Angola im Mittelpunkt stand, gab es ab 1995 eine stärkere Ausrichtung auf die inlandsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Dafür sind dann auch erstmals Haushaltsmittel eingestellt worden

Mit dem Jahr 2000 und dem Wiedereinzug der FDP in den Landtag kam es zu der Situation, dass die Eine-Welt-Politik des Landes ganz grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Die FDP forderte nicht mehr und nicht weniger die komplette Abschaffung sämtlicher Maßnahmen und Kooperationen und die - Zitat - "Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes". Entwicklungszusammenarbeit sei Sache des Bundes, hieß es.

Das ist jetzt die Stelle, an des sich jede Menge süffisante Anmerkungen machen ließen. Ich mache das jetzt nicht und beende diesen kurzen Rückblick, indem ich schlagwortartig einmal das 1995 bis 2005 vorhandene entwicklungspolitische Maßnahmenpaket in aller Kürze benenne:

- benannt habe ich bereits einige Länder mit Auslandsprojekten der Landesregierung und den Nord-Süd-Beauftragten. Zu benennen wäre aus der Zeit vor 1995 noch die Arbeit der Stiftung Entwicklung und Frieden, der Heinz-Kühn-Stiftung (Journalistenaustausch) und das Stipendienprogramm "Konkreter Friedensdienst", dass es Menschen von 16 bis 25 Jahren ermöglicht, 3 Monate in Projekten der Länder des Südens zu arbeiten und den dortigen Alltag zu erleben (existiert seit 1986, Zuschuss 980 €). Dieses Programm wird inzwischen sehr stark auf das neue Partnerland Ghana konzentriert.

- 1996 also unter der neu gewählten rot-grünen Landesregierung, startete das Promotorenprogramm, in dem Anfang 2005 insgesamt 41 Promotorinnen und Promotoren arbeiteten. Ihre Aufgabe war es, lokale und regionale entwicklungspolitische Gruppen zu koordinieren und zu unterstützen, Eine-Welt-Fragen selbst in die Öffentlichkeit, die Schule, die Medien zu tragen.

- Die fast 3000 entwicklungspolitisch engagierten Gruppen konnten bei ihren Kommunen Mittel zur Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit stellen, das Geld dafür kam vom Land. Dieses Programm wurde von schwarz-gelb eingestellt. Es betrug zuletzt 1,8 Millionen Euro (1996 4,5 Millionen Euro). Leider ist die Unterstützung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auch aus den entwicklungspolitischen Leitlinien der jetzigen Landesregierung rausgefallen.

- Das Programm Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit gibt es noch. Das wird nicht über die Kommunen, sondern fördertechnisch von InWEnt abgewickelt. Auch hier sollen NGOs, Kirchen oder bürgerschaftliche Initiativen vor allem in der Bildungsarbeit unterstützt werden

- Als letzten Punkt dieser kleinen Auflistung sei noch die Gründung der Stiftung für Umwelt und Entwicklung erwähnt, ebenfalls im Bereich der Förderung von Umwelt-Entwicklung- und Integrationsprojekten aktiv. Sie wurde finanziell allerdings derart beschnitten, dass sie nur noch sehr eingeschränkt arbeitsfähig ist.

NRW beheimatet darüber hinaus den UN-Standort Bonn und aufgrund des Bonn-Berlin Gesetzes eine ganze Reihe von Organisationen, die in der Entwicklungspolitik arbeiten. Der Haushaltsansatz beträgt für 2010 rund 5 Millionen Euro.

Hinzu kommen Stiftungsmittel der Stiftung Entwicklung und Frieden (151.000 €) und besonders der Stiftung Umwelt und Entwicklung (2001 gegründet). Die erhält zwar einen Landeszuschuss von 2,4 Millionen Euro, zur Förderung von Projekten im Bereich Entwicklung stehen nur sehr geringe Mittel wirklich zur Verfügung. Das meiste Geld geht in Umweltprojekte und Integrationsprojekte. Ein weiterer Haushaltsansatz findet sich bei der Außenwirtschaftsförderung, wo mit rund 260.000 Euro ein Stipendiatenprogramm gefördert wird, zurzeit mit China (+ 90.000 für Inwent).

Die Eine-Welt-Politik Nordrhein-Westfalens hat unter der Präsenz der FDP in dieser Landesregierung gelitten. Das muss eindeutig konstatiert werden. Sicherlich hat Minister Laschet mit der Novellierung der entwicklungspolitischen Leitlinien 2007 und der Gründung der Partnerschaft mit Ghana den einen oder anderen Akzent gesetzt.

Außerdem ist NRW federführend aktiv gewesen, um einen neuen Beschluss der Ministerpräsidenten zur Entwicklungspolitik der Länder herbeizuführen. Aber der Handlungsrahmen ist natürlich extrem eingeschränkt und beschränkt sich auf das, was er als Regierung machen kann, ohne den Haushaltsgesetzgeben, sprich die Fraktionen von CDU und FDP Fragen zu müssen.

Die haben eindeutig agiert und direkt zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit zwei sehr wichtige Landesprogramme stark gekürzt bzw. gestrichen:

das Koordinatorenprogramm um 900.000 TSD € und den kompletten Ansatz für kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Betroffen sind von diesen Kürzungen ganz konkret Projekte die vom bürgerschaftlichen Engagement einzelner "Basisgruppen" getragen werden.

Und genau in diesen Projekten treffen sich große Politik, die Verträge aushandelt, Staatsbesuche abstattet, Delegationen hin und herreisen lässt, Konferenzen abhält, mit dem Bürgerengagement auf zivilgesellschaftlicher Ebene.

In NRW ist es so gelungen, die Partnerschaft zu einer Provinz Südafrikas, Mpumalanga mit Leben zu füllen. Im sog. Mpumalanga -Forum haben sich 150 Akteure zusammen geschlossen, 60 Institutionen, verbände und Einrichtungen arbeiten kontinuierlich in der Gestaltung der Partnerschaft . So entstand komplementär zur offiziellen Partnerschaft eine lebendiger Austausch und ein Forum zivilgesellschaftlichen Engagements.

Dieses Forum vernetzt staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Es wurde von dem Eine-Welt Beauftragten der rot-grünen Landesregierung gegründet, und weiterhin unterstütz von einem Ministeriumsmitarbeiter. Auch der e-mail- Verteiler wird im Ministerium gepflegt und administriert.

Für die neue Partnerschaft mit Ghana wurde vor einem Jahr ein ähnliches Forum als e.V. eingetragen. Der CDU -nahe Vorstand arbeitet sehr zentralistisch, so dass sich bisher wenig an Initiativen herausgebildet haben. So beschränkt sich die Partnerschaft mit Ghana bisher weitestgehend auf die offiziellen Kontakte.

Fazit aus der langjährigen Erfahrung in NRW ist:

Nur dort, wo es ein zivilgesellschaftliches Basisengagement gibt und wo es ausreichend unterstützt und finanziert wird, werden die Länderpartnerschaften mit Leben erfüllt und leisten damit einen wirklichen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit.

Gisela Splett, MdL Grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Baden-Württemberg und seine entwicklungspolitischen „Partnerschaften“

1. Situation und Strukturen der baden-württembergischen Entwicklungspolitik

Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren weitgehend aus der Entwicklungszusammenarbeit herausgezogen. Stattgefunden hat eine Abkehr von Maßnahmen der Armutsbekämpfung und integrierten Projekten zugunsten der Außenwirtschaftsförderung und der Markterschließung. Eine Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes ist seit langem überfällig.

Zuständigkeiten im Bereich Entwicklungspolitik haben traditionell die Ressorts Kultusministerium, Wissenschaftsministerium, Wirtschaftsministerium und Ministerium Ländlicher Raum. Die Federführung liegt beim Wirtschaftsministerium, im Referat Außenwirtschaft. Der Haushaltsplanentwurf für das Wirtschaftsministerium für 2009 enthielt allerdings keinerlei Mittel mehr für Maßnahmen der Entwicklungspolitik. Erst auf Anträge der Landtagsfraktionen hin wurden 125.000 Euro beim Wirtschaftsministerium eingestellt: für den Erhalt des Studienbegleitprogramms STUBE (www.stube-bw.de) und für die Durchführung der Fair-Handeln-Messe. Ebenfalls auf einen Antrag von Fraktionen basiert die Einrichtung einer neuen Haushaltslinie beim Staatsministerium: hier wurden 250.000 Euro für Projekte insbesondere in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens zur Verfügung gestellt.

Institutionell unterstützt werden noch das Internationales Institut für Berufsbildung in Mannheim (www.ifb-ma.de) über das Kultusministerium sowie das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg (www.arnold-bergstraesser.de) über das Wissenschaftsministerium. Außerdem gibt es die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ; www.sez.de), die 1991 gegründet wurde und seit 2008 endlich über das volle Stiftungskapital verfügt, sich aber schwer tut, aus den Erträgen hieraus die eigenen Personal- und Betriebskosten abzudecken. Die SEZ organisiert Veranstaltungen, leistet Beratung und vergibt Projektzuschüsse.

Die Bezuschussung von Projekten im Ausland durch die SEZ läuft theoretisch über drei Schienen: Zum einen können Projekte über von der SEZ eingeworbene private Spendengelder unterstützt werden. In den vergangenen Jahren gab es außerdem eine von der Landesstiftung Baden-Württemberg finanzierte Förderrichtlinie, mit deren Abwicklung die SEZ beauftragt war. Hierfür stehen seit 2009 aber keine Mittel mehr zur Verfügung. Neu im Herbst 2009 wurden Förderkriterien erarbeitet, nach denen die oben genannten beim Staatsministerium eingestellten Gelder vergeben werden sollen.

Praktisch keine Fördermöglichkeiten bestehen mehr für entwicklungspolitische Bildung im Inland. Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben Probleme, Zuschüsse von Bund/EU einzuwerben, weil die dafür notwendigen Kofinanzierungsmöglichkeiten durch das Land fehlen. Außerdem klagen die NROs über Probleme mit den Zuständigkeiten: das Wirtschaftsministerium ist zwar federführend, aber weitestgehend mittellos; die anderen Ressorts verweisen häufig auf Nichtzuständigkeit.

Positiv hervorzuheben ist ein regelmäßig stattfindender Runder Tisch der Entwicklungspolitischen SprecherInnen im Landtag mit den NROs.

2. Entwicklungszusammenarbeit durch Wiederbelebung einer Partnerschaft stärken

Als entwicklungspolitische Sprecherin der GRÜNEN (seit 2006) bemühe ich mich insgesamt um die Stärkung des Themas Entwicklungspolitik im Landtag. Ich berufe mich dabei u.a. auf die Millenniumsziele, auf die einschlägigen Ministerpräsidenten-Beschlüsse und die DIE-Studie zur Rolle der Bundesländer in der Entwicklungspolitik. Eine originäre Verantwortung der Bundesländer sehe ich insbesondere im Bereich Bildung. Handlungsmöglichkeiten erkenne ich - mit Blick auf die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen - auch im Bereich Partnerschaften.

In Baden-Württemberg habe ich deshalb die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen „Partnerland" Burundi wieder aufgegriffen - auch weil ich den Eindruck habe, dass hierdurch das Thema Entwicklungspolitik im Land insgesamt gestärkt werden kann. Zur Zusammenarbeit mit Burundi gab es 1986 einen Landtagsbeschluss und in den darauf folgenden Jahren einige Aktivitäten, die allerdings im Zuge des Bürgerkriegs in Burundi eingestellt wurden. Es besteht jedoch bisher keine „formale" Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi. Eine „formale" Partnerschaft hat Baden-Württemberg nur mit KwaZulu Natal in Südafrika; leider ohne, dass dies an besonderen Aktivitäten erkennbar wäre.

Wie weit ist die Wiederbelebung der Zusammenarbeit mit Burundi inzwischen gediehen? Der Landtagsbeschluss von 1986 wurde mit einem neuen Beschluss im Dezember 2007 wieder aufgegriffen. Im Februar 2009 fand unter Leitung des Landwirtschaftsministers eine offizielle Delegationsreise von Baden-Württemberg nach Burundi statt. Die oben genannten im Haushalt des Staatsministeriums eingestellten 250.000 Euro sollen schwerpunktmäßig Burundi zugute kommen. Neben der Unterstützung von Projekten baden-württembergischer NROs in Burundi wird nun in Folge der Delegationsreise ein eigenes Engagement des Landes im Forst-Sektor geprüft. Bei der SEZ soll eine Stelle für die Koordinierung der Burundi-Aktivitäten geschaffen werden. Leider wurde die Entscheidung über eine tatsächliche „Partnerschaft" von der Landesregierung aber auf die Zeit nach den burundischen Wahlen 2010 verschoben.

Wir GRÜNE fordern eine klare Positionierung zur „Partnerschaft" mit Burundi. Wir meinen, dass dies viele Türen öffnen kann, z.B. für kommunale Partnerschaften, (Hoch-)Schulpartnerschaften u. ä.. Wichtig ist uns eine Koordinierung der bestehenden Aktivitäten, die Einbindung bestehender Einrichtungen (z.B. IfB), und der hier lebenden BurunderInnen. Wir wollen, dass Landesmittel verlässlich bereitgestellt werden und die Partnerschaften (auch die mit KwaZulu Natal) in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland eingebunden werden.

Alexander Kreher, Leiter der Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten/ Städtepartnerschaften der Stadt Stuttgart

Integration und Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Stuttgarts

Blickwechsel von der Migration zur Diaspora

Das Thema Zuwanderung und Integration wird im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit vielfach diskutiert. Aber immer noch mangelt es an der Vernetzung der verschiedenen Akteure der interkulturellen Zusammenarbeit, sowie der Entwicklungszusammenarbeit im In – und Ausland. Dabei unterstreichen Initiativen die zunehmende Bedeutung des Themas in den Kommunen.

Entwicklungsarbeit sowie Migration und Integration ist ein kommunales „brandaktuelles" Thema. Es gibt eine Vielzahl von Projektaktivitäten und – initiativen in diesem Bereich, die von unterschiedlichen Akteuren getragen werden. Es besteht also ein großes Engagement auf Ebene der Institutionen, Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft. Dieses ist aber eindeutig ausbaufähig. Grundvoraussetzung dafür ist allerdings die Verbesserung der Zusammenarbeit unter den Akteuren im Bereich Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Zudem müssen die Kommunen als gleichwertige Partner anerkannt werden. Die Landeshauptstadt Stuttgart ist eine der wenigen Städte, die die Möglichkeiten dieser Verbindung und die Grundvoraussetzungen einer produktiven Partnerschaft erkannt hat und aktiv aufbaut. Dies geschieht auch unter Berücksichtigung der Initiativen und Projekte der Vorfeldsituationen der deutschen Entwicklungspolitik.

Aktivitäten der Landeshauptstadt Stuttgart

Entwicklungspolitische und migrationspolitisch engagierte Initiativen fordern zunehmend eine stärkere Vernetzung des integrationspolitischen Diskurses mit der Entwicklungspolitik und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. In Stuttgart wird dies seit längerer Zeit sowohl von unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung, sowie außerhalb der Stadtverwaltung zum Beispiel dem Dachverband der Stuttgarter Migrationsvereine „Forum der Kulturen Stuttgart e. V." aktiv begleitet. Ein öffentlichkeitswirksames Forum mit bundesweiter Ausstrahlung und Wirkung war der Erste Bundesfachkongress „Interkultur", der vom 4. bis 6. Oktober 2006 in Stuttgart stattfand und vom Forum der Kulturen Stuttgart e. V. organisiert wurde.

Zur Vorbereitung des Kongresses hat das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. gemeinsam mit dem internationalen Ausschuss der Stadt Stuttgart Migrantinnen und Migranten sowie entwicklungspolitische Akteure aus Stuttgart zur Diskussion eingeladen. Die gut besuchte Tagung zeigte allen Beteiligten, wie wichtig eine intensive Vernetzung dieser beiden sicherlich nicht homogenen „Gruppen" für eine nachhaltige entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist. Denn beide Seiten wissen immer noch zu wenig über die jeweiligen Potenziale, Ressourcen und Arbeitsweisen des anderen.

Das Kongress-Forum „Entwicklungspolitik" umfasste die Schwerpunkte „MigrantInnen und Entwicklungspolitik" sowie „Kultur und Entwicklungszusammenarbeit". Bei ersterem ging es um die Kernfragen, in welcher Form Migrantinnen und Migranten an der nachhaltigen Entwicklung in ihren Heimatländern beteiligt werden können, wie entsprechende Transferleistungen zu bewerten sind und wie die Potenziale der Migrantinnen und Migranten zur entwicklungspolitischen Bildung genutzt werden können. Zentrales Thema war der Blickwechsel von der „Migration" zur „Diaspora", also weg vom gängigen Verständnis, das nur das „Hiersein" betont, hin zum Begriff der „Diaspora" , der den Blick

weitet für das vielseitige Verhältnis der Migrantinnen und Migranten untereinander im Ankunftsland, zu Vertretern in anderen Ländern und vor allem zum Heimatland selbst. Dabei können sie politisch stabilisierend auf die Herkunftsländer wirken, gesellschaftlich eine Brückenfunktion zwischen zwei Kulturen übernehmen und wirtschaftlich gesehen die Exportwirtschaft in beide Richtungen anregen. Statt das „Bedrohungspotenzial" mit allen Begleiterscheinungen zu fixieren, sollte die Nutzung des Potenzials in den Mittelpunkt gerückt und Zuwanderung als Chance begriffen werden.

Beim Schwerpunkt „Kultur und Entwicklungszusammenarbeit" wurde diskutiert, wo und wie die Kulturpolitik und –praxis auf entwicklungspolitische Belange reagiert und mit welchem längerfristigen Konzept und welchen Instrumenten und Angeboten dies geschieht. Zudem wurde die Wirkung lokaler Kulturinitiativen auf die Entwicklungspolitik erörtert. Dabei standen unterschiedliche Modelle der Verbindung und Förderung von Kunst, Kultur und Entwicklungspolitik im Vordergrund. Es wurde die Forderung erhoben die Konvention der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zum Schutz der kulturellen Vielfalt als Bezugsrahmen für die nationale, Landes- und kommunale Kulturpolitik zu bestimmen. Zudem soll der Dialog der Kulturen gleichberechtigt und in Gegenseitigkeit zu einem Perspektivenwechsel führen und dafür die notwendigen Ressourcen erhalten. Auch politische Strategien und Verwaltungsstrukturen sollen diesen Prozess anstoßen, begleiten und festigen.

Als Fazit des Fach-Kongresses wurde von allen Seiten der Wunsch geäußert, diese Begegnungen fortzusetzen und möglichst bald mit dem Auf- und Ausbau einer entsprechenden Zusammenarbeit und Vernetzung zu beginnen. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat darauf reagiert und wird nun den Aufbau eines funktionierenden Netzwerks in Zusammenarbeit mit dem Forum der Kulturen Stuttgart e. V. vorantreiben.

Das Stuttgarter Bündnis für Integration

Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster hat bereits im Jahr 2001 die Integrationspolitik zur „Chefsache" erklärt und mit dem „Stuttgarter Bündnis für Integration" ein gesamtstädtisches Konzept auf den Weg gebracht, das parteiübergreifend verabschiedet wurde. Dabei soll die Chancengleichheit von Zuwanderern – möglichst von Kindesbeinen an – durch Qualifizierung gefördert, der soziale Zusammenhalt in den Stadtteilen gestärkt und die kulturelle Vielfalt als wertvolles Potenzial genutzt werden. Integration und Internationalität werden als Stuttgarts Markenzeichen offensiv vom Oberbürgermeister nach innen und außen vertreten. Integration steht dabei für die sozial gerechte Stadt, Internationalität für die kulturell vielfältige Stadt mit ihren transnationalen Beziehungen vor Ort und in der Welt. Der pragmatische Ansatz wird konkret durch Netzwerke, Runde Tische, ein Gemeinderatsgremium mit fachlich kompetenten sachkundigen Einwohnern sowie durch das Vorantreiben von aktiver Partizipation verfolgt. Unterstützend wirken soll die interkulturelle Öffnung der städtischen Institutionen für Migrantinnen und Migranten.

Integrationspolitik als kommunale Querschnittsaufgabe wird aktiv und parteiübergreifend vom Stuttgarter Gemeinderat und von der Verwaltungsspitze unterstützt. Das „Stuttgarter Bündnis für Integration" bildet zunehmend eine Grundlage für Planungen in allen Ressorts wie Jugendhilfe und Soziales, Bildung, Kultur, Sport oder Stadtentwicklung. Es hat Einfluss auf kommunale Förderrichtlinien.

Die Stuttgarter Integrationspolitik war auch mehrfach Gegenstand von Diskussionen und Berichten des Europarates sowie der Europäischen Union. Im Mai 2006 rief die Landeshauptstadt mit Unter-

stützung der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Arbeits – und Lebensbedingungen und in enger Kooperation mit dem Europarat und der Europäischen Kommission das Netzwerk „Cities für Local Integration Policy (CLIP) ins Leben.

Entwicklungszusammenarbeit in Stuttgart

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird in den Außenbeziehungen der Landeshauptstadt Stuttgart immer mehr in den Fokus gerückt. Am 22. Juli 2005 hat Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster in Anlehnung an die acht Milleniums- Entwicklungsziele der Vereinten Nationen die „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit engagierten Akteure und Institutionen wie Universitäten, Unternehmen, politische Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine sowie deren Projekte in der Stadt sowie im Großraum Stuttgart zu identifizieren und sowohl innerhalb als auch außerhalb der Stadtverwaltung gezielt zu vernetzen.

Warum tut Stuttgart das? Städte gelten gemeinhin als Hauptakteure zur Lösung von Problemen wie Umweltverschmutzung, Klimawandel und der Verbreiterung des sozialen Gefälles. Doch der Ursprung und Lösungsmöglichkeiten liegen verhältnismäßig nah beieinander. Einerseits wird die Umsetzung der Millenniums- Entwicklungsziele in den Entwicklungsländern nicht bei den oft schwachen nationalen Regierungen, sondern bei den dortigen Kommunen liegen. Diesem Verantwortungsdruck können die dortigen Gebietskörperschaften nur standhalten, wenn sie das nötige Wissen über den Aufbau geeigneter stabiler Verwaltungsstrukturen haben. Andererseits verfügen die europäischen Kommunen als Ballungsräume bereits heute über die notwendige Expertise in der Bewältigung dieser Probleme. Die Herausforderungen für die Städte und Gemeinden lassen sich im Wesentlichen unter wirtschaftliche und soziale Infrastrukturen, Städteplanung und – entwicklung, Grundschulausbildung sowie Gesundheitswesen subsumieren. Hier liegt den Kommunen Europas die entsprechende Expertise vor und sie sind vor allem bereit, diese weiterzugeben.

Neben diesen „klassischen“ Bereichen der Entwicklungspolitik gehören heute aber auch Prinzipien wie Good Governance, Verwaltungstransparenz und Bürgernähe zur Entwicklungszusammenarbeit. Obwohl die Landeshauptstadt auch in diesem Bereich durch das 2001 gegründete „Stuttgarter Bündnis für Integration“ Erfolge verzeichnen kann, wäre es fatal, gänzlich auf präventive Maßnahmen zu verzichten. Durch die Netzwerkstruktur der „Stuttgarter Partnerschaft für Eine Welt“ lässt sich privates Engagement, das sonst vermutlich ohne große Wirkung verpuffen würde, koordinieren und bündeln, wodurch sich Brücken zwischen Nord und Süd bauen lassen.

In Stuttgart gibt es eine Vielzahl von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die von lokalen Akteuren wie Universitäten, Wirtschaft, Vereinen und politischen Stiftungen getragen werden. Im Rahmen der Stuttgarter Städtepartnerschaften mit Mumbai, Kairo und Menzel – Bourguiba hat sich durch die 2002 erfolgte Neuausrichtung im Bereich Städtepartnerschaften, ebenso wie zuvor in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Klimaschutz, ein neues Forum für die Entwicklungszusammenarbeit entwickelt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Projekte und Aktivitäten der verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung sowie stadtnahe Institutionen im Bereich der interkulturellen Zusammenarbeit. Diese Akteure und ihre Aktivitäten zu identifizieren und zu bündeln ist nun die Aufgabe des Netzwerks. Durch die Unterzeichnung des Manifests der „Stuttgarter Partnerschaft Eine

Welt“ durch mehr als 150 Akteure ist es bereits gelungen, einen dauerhaften Dialog und den damit verbundenen Erfahrungsaustausch innerhalb der Region zu beginnen.

Abgerundet wird die Arbeit des Netzwerks durch halbjährliche thematische Veranstaltungen, welche die jeweiligen Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen aufgreifen. Das Projekt „Mega-Cities“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, ist ein weiteres Beispiel für das Funktionieren des Netzwerks. In letzter Konsequenz ist die Stuttgarter Initiative auch eine Chance zur Selbsthilfe für die Entwicklungsländer.

Kooperation mit der GTZ

Eine weitere Initiative und ein wichtiges Engagement im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist das Kooperationsabkommen zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, das am 5. Dezember 2005 unterzeichnet wurde. Seit Mitte August 2006 ist die GTZ mit einer Mitarbeiterin in der Abteilung Außenbeziehungen der Stadtverwaltung Stuttgart tätig. Die Kooperationsvereinbarung wurde für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Ziele der Kooperation sind die Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit von Maßnahmen der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ und der Aufbau eines internationalen Netzwerks, die engere Verzahnung wichtiger entwicklungspolitischer Aktivitäten von GTZ, Landeshauptstadt Stuttgart und anderen Partnern des Netzwerks sowie das gegenseitige Erschließen von Erfahrungswissen aller beteiligten Akteure.

Die GTZ hat mit ihrem Projekt „Migration und Entwicklung“ auch in Stuttgart die Kooperation zwischen dem Stuttgarter Dachverband der Migrantenvereine, dem Forum der Kulturen e. V. und der GTZ ermöglicht. Das Forum der Kulturen hat mit Unterstützung der GTZ interessierte Migrantenvereine bei der Entwicklung von Anträgen für Projekte in den Herkunftsländern unterstützt, die durch die GTZ gefördert werden können.

Bisher war das Engagement der GTZ zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit und Migration“ vor allem auf Projekte im Ausland bezogen. Die Kooperation mit der Diaspora als neuer und wichtiger Weg auch im Kontext kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ist daher als notwendig erkannt.

Durch Kooperation mit der GTZ und durch das Netzwerk „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ soll innerhalb der Bevölkerung, und somit auch innerhalb der Diasporagemeinde, eine Bewusstseinsbildung für die Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden, mit dem gleichzeitigen Hinweis für die Regierung, der Entwicklungszusammenarbeit eine höhere politische Priorität einzuräumen. Um dies zu erreichen, sind Kommunen wichtige und elementare Einheiten, denn wer ist näher an den Bürgerinnen und Bürgern als die Kommune, die Stadt!

Zusammenarbeit mit der Servicestelle

Stuttgart arbeitet ebenso aktiv in Projekten der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH mit. Daher ist es kein Zufall, dass die Landeshauptstadt auch Partner in ihrem neuen Projekt ist. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat als Partner der Inlandsakteure Anfang des Jahres 2007 das Projekt „Interkulturelle Kompetenzbildung – Zusammenarbeit mit Diasporen“ ins Leben gerufen. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geförderte Projekt greift das Thema „Kommunen“, Migration und Entwicklungszusammenarbeit“ auf.

Projektziel ist, die entwicklungspolitischen Potenziale von Diasporen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit bessernutzen zu können und die Zusammenarbeit zwischen Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern oder Menschen mit Migrationshintergrund und den Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren. Dazu sollen bundesweit etwa zehn Modellkommunen ausgewählt werden.

In enger Zusammenarbeit mit diesen Kommunen und den lokalen Akteuren werden sowohl die entwickelten Konzepte zu Einbindung der Diasporen als auch die vorherrschende Praxis untersucht und weiterentwickelt. In einem weiteren Schritt werden dann Handlungsempfehlungen zur Übertragbarkeit auf andere Kommunen erarbeitet.

Fazit

Entwicklungszusammenarbeit und Migration ist ein wichtiges kommunales Thema. Es ist zu identifizieren, wer die Akteure innerhalb der Verwaltung und außerhalb der Verwaltung, also in der Stadt, sind. Diese sind zu vernetzen und, wie in Stuttgart begonnen, muss die Kommune dafür sorgen, dass eine Plattform, eine Struktur für den Austausch geschaffen wird. Die Kommune agiert darüber hinaus im Rahmen des Austausches auf interkommunaler Ebene, Landesebene, Bundesebene und schließlich auf der Ebene der Europäischen Union.

Dr. Rüdeger Schlaga, Referent der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

„Länderpartnerschaft plus Millenniumziele: Herausforderungen für eine Landesentwicklungspolitik am Beispiel Rheinland-Pfalz/Ruanda“

Ausgangsthese:

Entwicklungszusammenarbeit ist keine karitative Angelegenheit. Im Gegenteil: Entwicklungspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung unserer eigenen Zukunft. Sie ist kein Almosen, sondern dient dem Überleben für un**s** alle in der Einen Welt.

Es geht um Veränderungen, die überall stattfinden müssen – hier wie dort. Es geht um sozial gerechte Globalisierung, um gerechte Bedingungen für Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, um Klima- und Umweltschutz. Und es geht vor allem auch um Veränderungen von Lebens-, Arbeits- und Konsummustern hier in Deutschlan**d,** denn der Norden ist genauso von den Auswirkungen des Klimawandels samt Klimaflüchtlingsbewegungen betroffen wie die Länder des Südens**.**

Wer ist in Rheinland-Pfalz in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert?

- Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda e.V seit 1982
- Entwicklungspolitische Landesnetzwerk (ELAN) seit 2001
- Aktionskreis UN-Millenniumziele in Rheinland-Pfalz seit 2006
- Referate "Partnerschaft mit Ruanda" und „Grundsätze der Entwicklungspolitik“ im Innenministerium
- viele Einzelinitiativen, die oft wieder in kleineren Netzwerken zusammenarbeiten.

Wie kooperieren die verschiedenen Ansätze?

Im AK UN-Millenniumziele hat sich ein bundesweit einmaliges Netzwerk aus staatlichen sowie privaten und kirchlichen Institutionen gebildet (seit 2006; Aktionstage 2007 ff., siehe: www.millenniumziele-mainz.de), in dem versucht wird, bestehende Aktivitäten zusammen zu führen und neue Impulse zur Umsetzung der Millenniumziele in Rheinland-Pfalz zu setzen. Dazu ist zunehmend die kommunale EZ im Fokus der Arbeit mit dem Ziel, in den Kommunen und Landkreisen ein vernetztes Denken und Handeln auf den Weg zu bringen. Es wird eng zwischen dem AK und dem Referat „Grundsätze der EZ“ im ISM kooperiert.

Mitglieder im Aktionskreis sind u.a.: ELAN, Ruanda-Partnerschaft, Kirche, Basisvertreter, Kommunen und staatliche Institutionen und Organisationen – Problem: Katholische Kirche beteiligt sich nicht.

Ziel: Vernetzung eigenständiger, gleichwohl zusammen gehörender Aktivitäten. Plattform bieten für gemeinsame Veranstaltungen (VA zum MPK-Beschluss EZ am 1.10.09) unter Einbeziehung von institutionalisierter Politik (Ministerium, Landtag, Kommunalvertretungen).

Politische Verstetigung eines breiteren EZ Ansatzes: Ruanda-Partnerschaft ist erfolgreich und gut verankert, doch es gibt weitere, gleichwertige Partnerschaftsbeziehungen zu Bolivien, Peru, Palästina etc.. In einem vernetzten Rheinland-Pfalz kann die EZ aus ihrem Nischendasein herausgeholt und als gemeinsames Politikfeld langfristig verankert werden.

Die acht Millenniumziele (bei aller inhaltlichen Detailkritik und schlechter Perspektiven für ihre Realisierung/Realisierbarkeit) bilden eine gute Grundlage für Kooperationen der unterschiedlichsten Art: Themen, Projekte, Arbeitsfelder (Nachhaltigkeit, Klimawandel, Umweltschutz und klassische EZ). Dabei gilt es die EineWelt-Bezogenheit der verschiedenen Arbeitsfelder stärker ins Bewusstsein und damit in ein vernetztes Handeln zu heben.

Wo befinden wir uns heute?

Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda (Zuschuss des Landes: 1,5 Mio. €)

- Neue Auseinandersetzung mit den sich verändernden Realitäten (wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich) in Ruanda sowie den Konsequenzen für die Arbeit des Ruandavereins in RLP.
- Neue Strukturen und Schwerpunkte der Arbeit in Rheinland-Pfalz (demografische Entwicklung [Überalterung der Mitglieder des Vereins, langjährige Mitgliedschaft als bisheriges Standbein der Arbeit wird seltener], andere Arbeitsformen [stärkere kurzfristige Projektbezogenheit jüngerer Mitglieder].

Vernetzung aller bestehender Aktivitäten und Integration neuer Ansätze (siehe unten).

- Schwierige Annäherung der bestehenden NGO-Akteure sowie zukünftiger (kommunaler) Akteure, z.B.: Veranstaltung des AK UN-Millenniumziele zum neuen MPK-Beschluss zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Kommunen und NGOs (erstmals saß ein breites Spektrum der „gewünschten“ Akteure zusammen und diskutierte gemeinsame Perspektiven und Forderungen an einander.)
- Es wird aber nach wie vor stark in Schubladen gedacht und gearbeitet (Organisationsegoismen?) – doch ich sehe gute Chancen, dass sich gerade dies in baldiger Zukunft ändert. An den Grundlagen dafür wird derzeit gearbeitet.

Zukunft:

Ausbau des Arbeitsfeldes Entwicklungszusammenarbeit in Rheinland-Pfalz:

- Neuer Fördertopf im Innen-Ministerium für Bildungs- und Projektarbeit (150.000 €) zur Stärkung der Arbeit von Initiativen und Kommunen;
- Entwicklungspolitische Leitlinien (nach der Abstimmung u.a. mit Ruandapartnerschaftsverein und ELAN zurzeit in der abschließenden Ressortabstimmung) werden erstellt, die die Grundsätze der rheinland-pfälzischen Entwicklungspolitik beschreiben. „Mit den '*Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Rheinland-Pfalz' soll die Entwicklungszusammenarbeit politisch verstetigt, in allen Ressorts der rheinland-pfälzischen Landesregierung verankert und mit den entwicklungspolitisch engagierten Organisationen und Initiativen im Lande verzahnt werden*." (Zitat aus dem Entwurf der EP-Leitlinien RLP)

Verstärkter Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit mit und in Kommunen mit u.a. folgenden Themen, Aufgaben und Zuordnungen:

Städtepartnerschaften im Kontext bestehender traditioneller Partnerschaften (Dreieckspartnerschaften – bestehende Fördermöglichkeiten nutzen);

- Faire Beschaffung (Holz, Baustoffe, Papier, Kantinen, Friedhofssatzung) als Einstieg in gemeinsames Handeln;
- AK UN-Millenniumziele in Rheinland-Pfalz soll und kann hierbei eine moderierende und motivierende Rolle übernehmen; dezentrale Aktionstage (der 4. Aktionstag für die UN-Millenniumziele findet im Juni 2010 in Speyer statt);
- Einbeziehung - wo immer möglich - der lokalen Arbeitszusammenhänge der Lokalen Agenda 21;
- Das Referat „Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit im Innenministerium hat die Aufgabe der Finanzierung von Modellversuchen zu neuen Kooperationsansätzen und Dialogformen verstärkt;
- Alle gemeinsam entwickeln eine kohärente landesweite Strategie für eine entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Conclusio für Hessen:

Die Inhalte des MPK-Beschlusses sollten zum Inhalt und Gegenstand politischer Kooperation im Lande gemacht werden (Landtag, Kommunalvertretungen, Netzwerken, Initiativen etc.);

- Eine eigene hessische Landespartnerschaft – so eine solche überhaupt für sinnvoll angesehen wird –sollte auf der Basis von Überparteilichkeit und bereits bestehender Strukturen angestrebt werden, auch wenn es dadurch länger dauert;
- Alle Ebenen sollen von Anfang an bei gleicher Wertschätzung dessen, was neben einer Landes-Partnerschaft außerdem geleistet wird, vernetzt werden. Das offensichtlich bestehende aktive Nebeneinander wäre darüber womöglich überwindbar.
- Es wäre sehr sinnvoll von Anfang an bei einem solchen Prozess ein gemeinsames auch praktisches Grundverständnis zu entwickeln in Fragen wie z.B.
    - der Ziele (Strukturentwicklung oder/und Verbesserung der Lebensbedingungen im Kleinen – Wasser, Nahrung, Ausbildung, Medizinische Versorgung etc.);
    - der Praxis (Regierungsorientiertheit oder Graswurzelprinzip und Breite der gesellschaftlichen Verankerung);
    - des Stellenwerts von Menschenrechten im Verhältnis zu Entwicklung (Dieses Feld stellt seit Langem ein Konfliktpotenzial in der Ruanda-Partnerschaft dar, da es insbesondere staatlicherseits gerne an den Rand geschoben wird! FAZ spricht von einer „Entwicklungsguerilla“ in Ruanda);
- Und schließlich erscheint angesichts der Erfahrungen in Rheinland-Pfalz notwendig sich immer wieder zu vergegenwärtigen und sich darüber zu verständigen: wer entscheidet worüber – hier RLP resp. Hessen wie dort im Partnerland (Die Frage nach „Ownership“ / top-down vs. Bottom-up muss beantwortet oder zumindest thematisiert sein.).

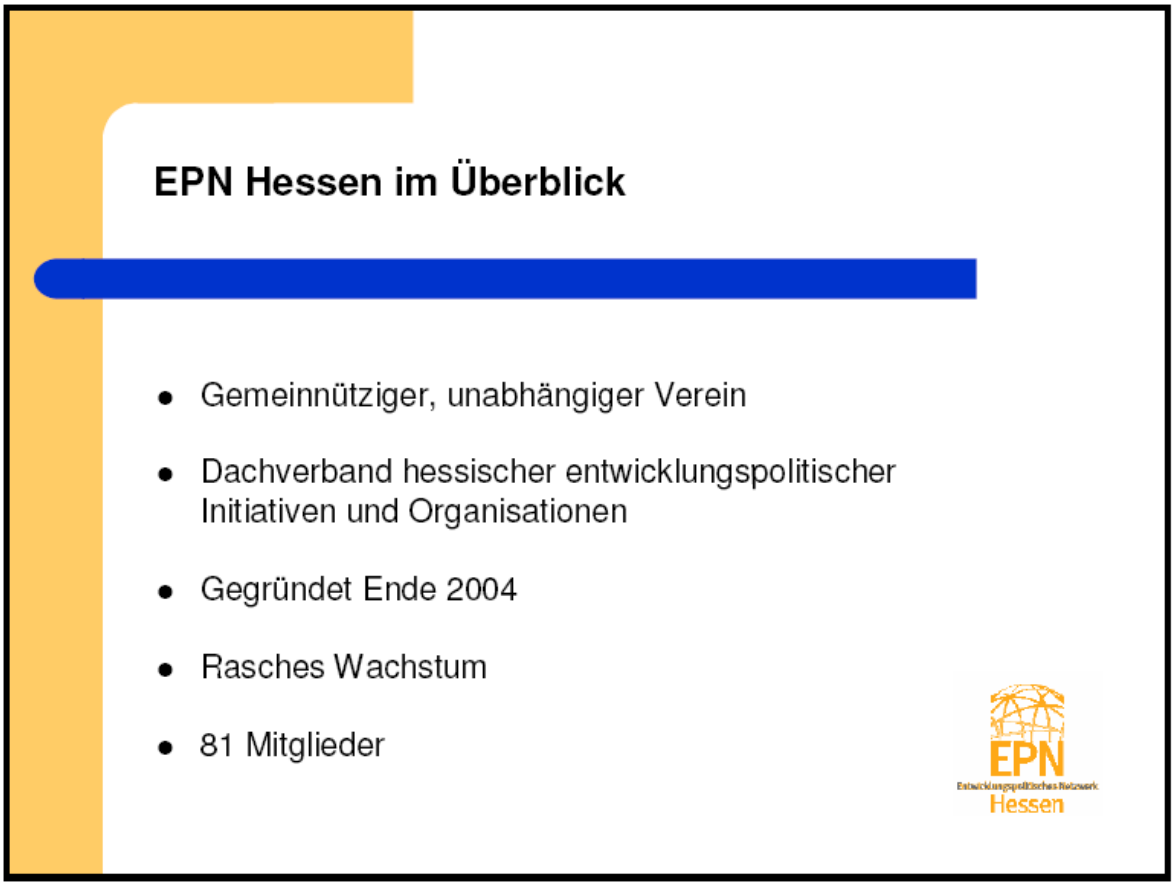
Links: Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz/Ruanda: http://www.rlp-ruanda.de; Aktionskreis UN-Millenniumziele in Rheinland-Pfalz: http://www.millenniumziele-mainz.de;(Hier gibt es auch Fotos zum Download sowie Logo des AK: http://www.millenniumziele-mainz.de/service/presseservice.html

Logos der nachstehend genannten Akteure: http://www.millenniumziele-mainz.de/aktionskreis/aktionskreis.html

Ministerium des Innern und für Sport: Dr. Carola Stein (Leiterin des Referates Entwicklungspolitik und Hilfe für Südostasien), Schillerplatz 9, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 163479;carola.stein@ism.rlp.de http://www.ism.rlp.de / **Lokale Agenda21:** Dr. Sabine Gresch; Koordinatorin Lokale AGENDA 21; Amt für Stadtentwicklung; 55028 Mainz, Zitadelle Bau E, Tel.: 06131 / 123730; Fax: 06131 / 12204; http://www.mainz.de; http://www.agenda21-mainz.de / **Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) e.V.:** Barbara Mittler; Frauenlobstr. 15 – 19 ; 55118 Mainz ; Tel.: 06131 / 972 08 – 67 ; Fax: 06131 / 972 08 – 69 ; info@elan-rlp.de http://www.elan-rlp.de

Dr. Martina Blank, Koordinatorin, Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

Vernetzung fördern – Akteure stärken – Gesellschaft sensibilisieren



EPN Hessen: Arbeitsbereiche

- **Vernetzung** zivilgesellschaftlicher Entwicklungspolitik in Hessen nach „innen“ wie nach „außen“
- **Qualifizierung und Fachberatung** der Mitglieder und entwicklungspolitischer Initiativen in Hessen
- **Öffentlichkeitsarbeit** zu entwicklungspolitischen Schwerpunkten der Mitglieder
- **Politische Informationsarbeit** in Land und Kommunen zur Stärkung entwicklungspolitischer Anliegen in Politik, Gremien und Institutionen

EPN Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen

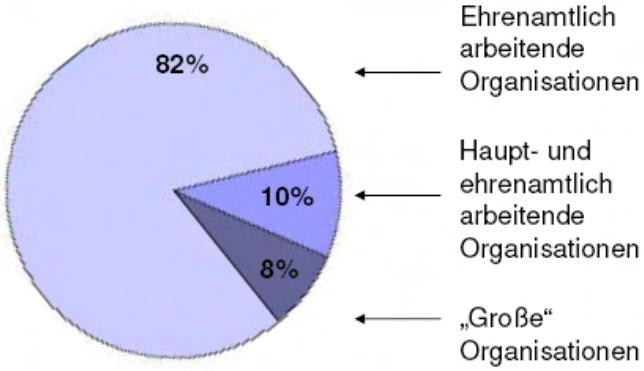
EPN Hessen: Aktuelle Themenschwerpunkte

- **Globales Lernen** und **Bildung für nachhaltige Entwicklung** als Querschnittsaufgabe für alle Bildungsträger im Land Hessen
- **Nachhaltige und faire Beschaffung** in Land und Kommunen, Kirchen und Verbänden
- **Migration und Entwicklung**: Nicht-rassistische entwicklungspolitische Bildungs- und Projektzusammenarbeit; Aktivierung von Diaspora-Organisationen

EPN Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen

EPN Hessen: Mitglieder

- Hilfsorganisationen
- Kirchen und kirchliche Arbeitsstellen
- Nord-Süd-Partnerschaftsvereine
- Weltläden
- Organisationen politischer Bildungsarbeit
- Fördermitglieder



Regionales Engagement

- ~ 22 Nord-Süd-Partnerschaften mit 13 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika
- ~ 15 Hilfsorganisationen und Kirchen mit überregionalem Engagement in über 100 verschiedenen Ländern
- ~ 43 kirchliche Arbeitsstellen, Weltläden, Organisationen des fairen Handels und Initiativen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Projekt bezogenem, Regionen übergreifendem Engagement in der Einen Welt-Arbeit

EPN
Entwicklungspolitisches Netzwerk
Hessen

Perspektiven für die Landesentwicklungspolitik

Zivilgesellschaftliches Engagement fördern und stärken!

Felder:

- Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit
- Unterstützung globaler Partnerschaften

Anknüpfungspunkte:

- Millennium Entwicklungsziele (MDGs)
- UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

EPN
Entwicklungspolitisches Netzwerk
Hessen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

ZUSTÄNDIG IN DER FRAKTION

KORDULA SCHULZ-ASCHE, MdL

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales, Frauen, Gesundheit und Alter

Tel.: 0611/350-749
k.schulz-asche@ltg.hessen.de

DR. MICHAEL BUSS

Referent für Wirtschaft, Finanzen und Wohnungspolitik

Tel.: 0611/350-596
m.buss@ltg.hessen.de

ISABEL KEMPER

Sachbearbeiterin

Tel.: 0611/350-598
i.kemper@ltg.hessen.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.:
Kordula Schulz-Asche, MdL

www.gruene-fraktion-hessen.de